

19.10.90

Antrag

der Länder Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen

EntschlieBung des Bundesrates zur Regierungskonferenz der
Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über die
Politische Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion

DER MINISTERPRÄSIDENT
DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

Stuttgart, den 19. Oktober 1990

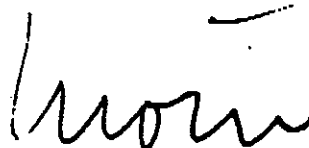
An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Regierenden Bürgermeister
Walter Momper

Sehr geehrter Herr Präsident,

unter Bezug auf die EntschlieBung des Bundesrates vom 24. August 1990 (Drucksache 550/90 (Beschluf)) übersende ich Ihnen in der Anlage einen Antrag für die Benennung von Ländervertretern an den Regierungskonferenzen zur Politischen Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion.

Im Hinblick auf die Eilbedürftigkeit bitte ich Sie, den Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung des Bundesrates am 26. Oktober 1990 zu setzen.

Mit vorzüglicher Hochachtung



AnlageEntschlieÙung des Bundesrates zur Regierungskonferenz der
Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über die
Politische Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion

Der Bundesrat möge beschließen:

Der Bundesrat begrüÙt die Zusage der Bundesregierung, entsprechend der Forderung in seiner EntschlieÙung zur Regierungskonferenz der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über die Politische Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion vom 24. August 1990 (Drucksache 550/90 - Beschluß) alle Länder an den Vorbereitungen zu den Regierungskonferenzen zu beteiligen, gemeinsam mit den Ländern die deutsche Verhandlungsposition zu erarbeiten und je zwei Länder an den Verhandlungen der Regierungskonferenzen zu beteiligen.

Für die Beteiligung an der Regierungskonferenz zur Politischen Union benennt der Bundesrat

Vertreter der Länder Baden-Württemberg
und Nordrhein-Westfalen.

Für die Beteiligung an der Regierungskonferenz zur Wirtschafts- und Währungsunion werden benannt

Vertreter der Länder Bayern und Hamburg.

Beschluß
des Bundesrates

zur

Entschlieung des Bundesrates zur Regierungskonferenz der
Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über die
Politische Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion

Der Bundesrat hat in seiner 623. Sitzung am 26. Oktober 1990
die als Anlage beigefügte Entschlieung gefaßt.

Drucksache 717/90 (Beschluß)

Anlage

E n t s c h l i e ß u n g

des Bundesrates
zur Regierungskonferenz der Mitgliedstaaten
der Europäischen Gemeinschaften über die
Politische Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion

Der Bundesrat begrüßt die Zusage der Bundesregierung, entsprechend der Forderung in seiner Entschließung zur Regierungskonferenz der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über die Politische Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion vom 24. August 1990 (Drucksache 550/90 - Beschluß) alle Länder an den Vorbereitungen zu den Regierungskonferenzen zu beteiligen, gemeinsam mit den Ländern die deutsche Verhandlungsposition zu erarbeiten und je zwei Länder an den Verhandlungen der Regierungskonferenzen zu beteiligen.

Für die Beteiligung an der Regierungskonferenz zur Politischen Union benennt der Bundesrat

Vertreter der Länder Baden-Württemberg
und Nordrhein-Westfalen.

Für die Beteiligung an der Regierungskonferenz zur Wirtschafts- und Währungsunion werden benannt

Vertreter der Länder Bayern und Hamburg.